Unterrichtung

Hannover, den 21.03.2024

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Kein Bedarf für fünf Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Niedersachsen

Beschluss des Landtages vom 14.09.2021 - Drs. 18/9924 Nr. 37
Antwort der Landesregierung vom 08.03.2022 - Drs. 18/10922
Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11764 II Nr. 5 h
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 5 f - nachfolgend abgedruckt:

Der Landtag bestätigt die bestehende Frist und erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.03.2024.

Antwort der Landesregierung vom 20.03.2024

Die Landesregierung bestätigt die Notwendigkeit einer erhöhten Wirtschaftlichkeit der Träger der landesunmittelbaren Unfallversicherungen. Es wurde daher mit der Prüfung höherer Synergie-Effekte durch die Optimierung von Verwaltungsprozessen bzw. der Prüfung einer möglichen Zusammenlegung der Träger der Unfallversicherungen begonnen.

Hierfür hat das für die Aufsicht zuständige Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) in verschiedenen Gesprächen mit den Trägern der landesunmittelbaren Unfallversicherungen diverse Handlungsoptionen erörtert.

Als erstes Ergebnis der Gespräche kann festgehalten werden, dass die vier Vorstände sowie die Geschäftsführerin des Gemeindeunfallversicherungsverbands (GUV) Hannover und der Landesunfallkasse (LUK) einer Fusion dieser beiden Träger positiv gegenüberstehen. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist in Planung.

Der GUV Oldenburg und der GUV Braunschweig sowie deren Selbstverwaltungen sehen eine mögliche Fusion aufgrund der historisch gewachsenen Strukturen sowie der Tatsache, dass der Feuerwehrunfallkasse Niedersachsen (FUK) politisch eine Bestandsgarantie zugesagt wurde, nach wie vor kritisch. Dabei vertreten sie die Auffassung, dass durch die Optimierung der Verwaltungsgemeinschaft (VGplus), die im Jahr 2008 mit der Unfallkasse der Freien Hansestadt Bremen in Kooperation mit der FUK gegründet wurde, fusionsadäquate Synergie-Effekte erzielt werden können. Der vorgelegte Bericht weist eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erhöhung von Effizienzpotenzialen aus. Die Maßnahmen konnten das MS jedoch nicht in Gänze überzeugen, zumal noch keine bezifferbaren Einsparpotenziale benannt wurden. Beabsichtigt ist, die Vorschläge nun mit den Vertreterinnen und Vertretern der VGplus im April 2024 weiter zu erörtern.

Aufgrund der jahrzehntelangen deutlich formulierten Bedenken der Selbstverwaltungen hinsichtlich einer Fusion ist es aus Sicht der Landesregierung erforderlich, den Prozess sorgfältig zu begleiten, weitere Schritte im Einklang sowie in enger Absprache mit den Trägern zu prüfen und den Prozess gut zu kommunizieren.

Zur Vorbereitung auf eine Prüfung nach § 88 Sozialgesetzbuch (SGB) IV wurde im Jahr 2022 eine schriftliche Abfrage bei den an der VGplus beteiligten Unfallversicherungsträgern durch das zuständige Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung (LPASV) initiiert. Die Träger wurden im Rahmen dieser Abfrage dazu aufgefordert, die bisherigen Einspareffekte, weitere fusionsadäquate Effekte sowie die zukünftig geplanten Maßnahmen aufzuzeigen. Nach Auswertung der von den Trägern der VGplus eingegangenen Stellungnahme ist das LPASV zu dem Ergebnis gekommen, dass ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn durch eine Prüfung bei den infrage kommenden Trägern zur finalen Klärung der Sinnhaftigkeit einer Fusion zweifelhaft erscheint.

(Verteilt am 22.03.2024)